

Fragen

für die Fragestunde der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Januar 2008

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barth, Uwe (FDP)	16, 17	Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	14, 15
Bender, Birgitt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 26
Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.)	20, 21	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 25	Knoche, Monika (DIE LINKE.)	18, 19
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	22, 23	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	1, 27
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	4, 5	Pau, Petra (DIE LINKE.)	2, 3
Hajduk, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.)	24		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es für die deutsch-polnischen Beziehungen hilfreich ist, wenn Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, öffentlich erklärt, dass das Zentrum gegen Vertreibung auch ohne polnische Beteiligung beschlossen werden könnte, und trifft es zu, dass das Konzept für das „sichtbare Zeichen“ sehr ausgereift ist und demzufolge die polnische Seite diesem Konzept nur noch zustimmen kann oder ganz verzichten muss (Berliner Zeitung, 31. Dezember 2007)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

2. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
Welches Konzept hat die Bundesregierung für den Aufbau eines Pools für längerfristige Auslandsverwendungen bei der Bundespolizei im Rahmen der Bundespolizeireform, und in welcher Form soll dies dem Parlament vor der Beschlussfassung im Deutschen Bundestag bekannt gemacht werden?
3. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
Wann wurden in den letzten Jahren Befugnisse und Arbeitsweisen des Bundesgrenzschutzes bzw. der Bundespolizei evaluiert, und welches waren die wesentlichen Ergebnisse?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

4. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, dass das bestehende Jugendstrafrecht ausreichend sei, oder hält sie Verschärfungen für notwendig?

5. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung nach Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze, und plant sie entsprechende gesetzliche Änderungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

6. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Verschiebung der Fristen zur Abschaffung der Batteriekäfighaltung von Legehennen nach § 33 Abs. 4 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (31. Dezember 2008 bzw. 31. Dezember 2009), und wird sie an der derzeit gültigen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung bezüglich des Käfigverbots auch dann festhalten, wenn auf europäischer Ebene die Aufhebung der zugrunde liegenden Richtlinie 1999/74/EC bzw. eine Verschiebung ihres Inkrafttretens beschlossen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

7. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung bei der Bewertung des industriepolitischen Nutzens der geplanten Transrapidverbindung in München auch vergleichend untersucht, welcher möglicherweise höhere industriepolitische Nutzen durch Investitionen in andere Bereiche als den Transrapid zu erzielen sind, und wenn nein, warum nicht?
8. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen anderen Investitionsentscheidungen des Bundes wurde ein industriepolitischer Nutzen unterstellt bzw. explizit beziffert berücksichtigt, oder stellt der Transrapid einen Einzelfall dar?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

9. Abgeordnete
Anja Hajduk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die vom Hamburger Senat angeführten Gründe den Antrag für das Küstengebiet Wattenmeer in der Nordsee den UNESCO-Titel „Weltnaturerbe“ zu erhalten, nicht unterstützen zu wollen?
10. Abgeordnete
Anja Hajduk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An welche Bedingungen knüpft der Hamburger Senat seine Zustimmung zum Antrag zur Verleihung des UNESCO-Titels „Weltnaturerbe“ für das Küstengebiet Wattenmeer in der Nordsee, und wie werden diese von der Bundesregierung bewertet?
11. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Erkenntnisse stützen sich die Einschätzungen von Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel (Hamburg, November 2007), und Staatssekretär Michael Müller (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dezember 2007 in Neuenkirchen/Schleswig-Holstein, Hamburg, Januar 2008), dass die geplante Elbvertiefung „überflüssig und unsinnig“ sei und „ganz neu überdacht“ und „ganz neu bewertet“ werden müsse, auch vor dem Hintergrund der Einwendung des Bundesamts für Naturschutz, das gravierende Bedenken geltend macht?
12. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte wird Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, unternehmen, um mit den Bedenken aus seinem Haus sowie den von Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, geäußerten Bedenken Einfluss auf das weitere Verfahren zu nehmen?
13. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird aus Sicht der Bundesregierung über den Verkauf von „Öko-Strom-Produkten“, die ausschließlich über den Handel mit „RECS-Zertifikaten“ generiert werden, der Ausstoß von CO₂-reduziert, und falls nein, welche Maßnahmen sieht sie vor, zu unterbinden, dass gegenüber Verbrauchern der Eindruck erweckt wird, dass eine CO₂-Reduktion stattfindet?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

14. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die Ausgaben des Bundes für die Qualifizierungsinitiative, die das Bundeskabinett am 9. Januar 2008 beschlossen hat, wenn man all die Projekte und Aktivitäten herausrechnet, die ohnehin schon im Bundeshaushalt eingestellt bzw. in der Koalition beschlossen waren?
15. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Warum ist der „BAföG-Rechner“ der Bundesregierung auf den Webseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nicht mehr verlinkt, und wird er den Studieninteressierten und Studierenden als Serviceangebot auch weiterhin zur Verfügung stehen?
16. Abgeordneter
**Uwe
Barth**
(FDP)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des Vorstoßes der rheinland-pfälzischen Regierung, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Max-Planck-Gesellschaft, eine Graduiertenschule aus der Universität auszugliedern und sie als GmbH zu führen, welche zudem noch ein Promotionsrecht besitzen soll („Gefährdetes Promotionsrecht“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Januar 2008), und wird sie diesen Prozess unterstützen?
17. Abgeordneter
**Uwe
Barth**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die mögliche Ausweitung des Promotionsrechtes auf außeruniversitäre Einrichtungen im Allgemeinen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordnete
**Monika
Knoche**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung den Standpunkt der „Arbeitsgruppe für Willkürliche Inhaftierungen“ der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 27. Mai 2005, wonach die Verhaftung der fünf kubanischen Staatsbürger, bekannt unter dem Namen „Miami Five“, in den USA „ein Verstoß gegen Artikel 14 des Internationalen Paktes für Zivile und Politische Rechte ist“?

19. Abgeordnete
Monika Knoche
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von vielen Menschenrechtsorganisationen in den USA und anderen Ländern, dass die Durchführung des Prozesses gegen die fünf kubanischen Staatsbürger in Miami, aufgrund des dortigen politischen Klimas, das durch die vielen Exil-Kubaner bestimmt wird, Zweifel an der möglichen Objektivität der Geschworenen geäußert werden?
20. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung eine Verletzung grundlegender Menschenrechte in der praktischen Ausbebung des Besuchsrechts der Gefangenen durch die Verweigerung der Vergabe von Visa durch die Regierung der Vereinigten Staaten an die Ehefrauen der kubanischen Gefangenen R. G. und G. H. und an andere Familienangehörige im gesamten Jahr 2007 seit deren Inhaftierung vor zehn Jahren?
21. Abgeordneter
Dr. Diether Dehm
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung der Regierung der Vereinigten Staaten ihre Besorgnis über die Umstände der Verhaftung, der Verurteilung und der Haft der genannten kubanischen Gefangenen vermittelt, oder beabsichtigt sie dies?
22. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise wird sich die Bundesregierung gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten dafür einsetzen, dass die Ehefrauen und andere Familienangehörigen der als „Miami Five“ bekannten kubanischen Gefangenen Visa zur Einreise in die USA und damit Besuchsmöglichkeit erhalten?
23. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung sich bezüglich des Falls der fünf kubanischen Gefangenen mit der kubanischen Botschaft in Verbindung gesetzt, oder beabsichtigt sie dies?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

24. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen unterstützt die Bundesregierung über die Deutsche Energieagentur (dena) die Werbekampagne „Bleib mir treu“ der vier großen Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall Europe

und EnBW, bei der Stromkunden davon abgehalten werden sollen, zu einem anderen Anbieter zu wechseln, obwohl sowohl der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, und der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, öffentlich zum Wechsel des Stromanbieters aufrufen und sowohl diese Minister als auch der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, die Preispolitik der genannten Energieversorger öffentlich mehrfach kritisiert haben?

25. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Entspricht die auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe vom 9. Januar 2008 beschlossene Forderung, die Energieversorger E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall müssten ihre Beteiligungen an Stadtwerken und Regionalversorgern verringern, der Haltung der Bundesregierung, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diese Forderung durchzusetzen?

26. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Entspricht die auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe vom 9. Januar 2008 beschlossene Forderung, die Energieversorger müssten ihre Kunden einmal im Jahr schriftlich über ihre Einkaufs-, Vertriebs- und Investitionskosten sowie die Gewinnmargen schriftlich informieren, der Haltung der Bundesregierung, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diese Forderung durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

27. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(DIE LINKE.)

Welche Krankenkassenvorstände sind bisher nicht der im Jahr 2004 eingeführten Veröffentlichungspflicht der Vorstandsvergütungen nachgekommen, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die Veröffentlichungspflicht durchzusetzen?

28. Abgeordnete
**Birgitt
Bender**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Mitgliedern der Fraktion der CDU/CSU, dass Krankenkassen versucht sein könnten, im laufenden Jahr ihre Beiträge zu erhöhen, um sich ein künstliches Polster zu verschaffen, das sie im kommenden Jahr in Form von Bonuszahlungen an ihre Mitglie-

der ausschütten können (Handelsblatt vom 10. Januar 2008, S. 4), und wenn ja, was will die Bundesregierung dagegen unternehmen?

29. Abgeordnete
**Birgitt
Bender**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass der nach § 220 Abs. 1 SGB V vorgeschriebene Aufbau einer Liquiditätsreserve für den Gesundheitsfonds spätestens im Jahr seines Inkrafttretens beginnen muss, um zu verhindern, dass eine mögliche Fehleinschätzung der Einnahmen des Fonds zu seiner Zahlungsunfähigkeit führt?

